

Bernd Neumann (CDU Landesvorsitzender) **führt uns die neue Rolle vor, die Bremens Politiker künftig spielen werden.**

5 swb AG (ehemals Stadtwerke Bremen) erhöhen Preise für private Erdgaskunden

Die Gaspreise werden in Bremen mal wieder drastisch erhöht – im Ergebnis wieder um 10% auf den schon überhöhten Preis. Der Monopolist ist die swb AG. Sie ist eine private Gesellschaft. Sie gehört zwei großen regionalen Energiekonzernen (Essent und EWE), nachdem die von der Stadt veräußerten Anteile schon durch viele Hände gegangen sind. Alle Eigentümer haben ihre strategischen Spielchen gespielt. Konzernbildung mit Bielefeld, Gebäudemanagement usw. Es ging immer weniger darum, nur die Bremer rationell und sicher mit Energie und Wasser zu versorgen. Die Versorgung ist produktiv, bequem und hygienisch nur in Leitungen möglich. Die stellen damit ein quasi natürliches Monopol dar. Es wäre völlig unproduktiv, wenn verschiedenen Gesellschaften konkurrierende Leitungsnetze unter die Erde legen würden. Solche Infrastruktur bereit zu stellen, wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts Aufgabe der zur Leistungsverwaltung reformierten bürgerlichen Städte.

20 Nach der totalen Privatisierung erläuterte der damalige Sprecher Peters vom Bund der Energieverbraucher in einem Interview am 30.3.2000 zur damaligen Preiserhöhung: Die Gaspreise für die Privatkunden werden zum 1.4.2000 um 10 % auf 60,3 Dpf je m³ erhöht. Sie liegen damit um 12 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Vor der Privatisierung der Stadtwerke lagen sie um 10 % unter dem Durchschnitt. Die Erhöhung kostet die Bremer Privatkunden ca. 53 Mio. DM mehr Ausgaben. Die Kosten der Gasabgabe werden aber nur zu 1/3 vom Gaseinkaufspreis bestimmt. Die anderen 2/3 kommen aus Kapitalkosten für das Rohrleitungssystem, Personalkosten und den Gewinn. Großkunden zahlen verglichen mit den Kleinabnehmern nur 50% bis 33% des Preises. Die Koppelung an den Ölpreis gilt nur für den Einkaufspreis, der Verkaufspreis an die Endkunden und Verbraucher ist im Rahmen der Monopolbestimmungen frei. Da die Aufsichtsbehörde in Bremen aber zum Filz dazu gehört, wird sie dem kaum widersprechen.

35 Am 2.3.2002 meldet der Weser Kurier: Auf eine Senkung der Gaspreise müssen die Kunden des Bremer Energieversorgers swb möglicherweise noch warten, bis die Heizperiode vorbei ist. Trotz drastisch gefallener Ölpreise sieht Vorstandschef Gerhard Harder „im Moment keinen Grund für eine Preissenkung“. Stattdessen will er lieber Kosten reduzieren, um das Unternehmen schnell wieder aus der Verlustzone zu führen. Dabei setzt er auch auf einen weiteren massiven Stellenabbau.

40 So werden die Bremer zur Kasse gebeten für die Ergebnisse der Politik der Sanierung.

Die niedrigeren Preise vor der Privatisierung gingen übrigens einher mit mehr und höher bezahltem Personal. Darin kamen auch schon z. T. die Ausnutzung von Monopolsituationen von Politikern und Gewerkschaften zum Ausdruck. Auch die einigten sich schon zu Lasten der Kunden. Sie brachten ihre Freunde dort unter und gewährten Freunden Privilegien. Diese Selbstbedienungsmentalität und dieses Klientelwesen flog natürlich auf, als über die Privatisierung in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Es wurde eine Reihe von Skandalen und Skandälchen daraus. Aber die Idee, daß die Kunden mit Ombudsleuten die Stadtwerke überwachen sollten, wurde nicht diskutiert. Die Politiker wollten ja nur den Verkauf der Stadtwerke erreichen, um wieder Spielgeld für die weitere Begünstigung ihrer Kli-

entel zu haben. Jetzt sind diese machtsüchtigen Politiker wieder pleite und greifen wieder nach neuem Stoff, um an ihren Spieltisch der Macht wieder unser Geld verzocken zu können. Für die schon verzockten Millionen haften wir Bremer swb Kunden dauerhaft. Wieder haben wir uns mit diesem politischen Spiel aus Skandalisierung, Versprechungen, Begünstigungen und Drohungen eine im Prinzip bewährte Struktur abjagen lassen. Eine Reform in dem Sinne, daß die Masse der Kleinkunden eine Kontrollfunktion beim Monopolisten eingeräumt bekommen hätte, hat gar keiner versucht. Bündnis 90 / Die Grünen wurden mit Posten in der Energiekonsens GmbH, UBUS und anderen Pöstchen ruhig gestellt.

Diese Schraube der über dem Durchschnitt liegenden Preiserhöhungen verfolgen die privaten Eigentümer zu Gunsten ihres Gewinnes natürlich weiter. Private Monopole sind eben noch schlimmer als öffentliche. Die Gier kennt keine Grenzen. Öffentliche Monopole unterliegen wenigstens in Extremfällen der öffentlichen Kontrolle.

Bernd Neumanns CDU hat als Regierungspartei maßgeblich mit dafür gesorgt, daß die Stadtwerke verkauft wurden. Die CDU ist für diese immer weitere Ausbeutung der Öffentlichkeit wesentlich mit verantwortlich. Der Verkaufserlös wurde längst in Schowparks, Musicals, Space Parks und wie die Flops alle heißen vergebudet. Die CDU hat mit dem Verkauf auch ein wesentliches Element der Gestaltungsfreiheit Bremens über seine Lebensverhältnisse aus der Hand gegeben. Das betrifft ganz wesentlich auch, welchen Energiemix bei der Stromerzeugung wir haben, ob das Weserkraftwerk gebaut wird usw. Dabei zerstört Bernd Neumanns CDU zusammen mit ihrem großen Koalitionspartner SPD auch den relativen Standortvorteil der niedrigen Wohnungskosten in Bremen. Zwar liegen die Mieten und Wohnungskaufpreise in Bremen im Großstadtvergleich relativ niedrig. Durch die Privatisierung der Nebenkosten, „die zweite Miete“, werden die gesamten Wohnungskosten aber doch wieder hoch.

Und bei der jüngsten Preiserhöhung der Gaspreise stellt sich nun Bernd Neumann vor die Kameras und Mikrophone und mimt den Verbraucherschützer¹. Die Bremer Gaskunden sollten doch Boykottmaßnahmen, wie sie die Verbraucherzentrale empfiehlt, beachten. Bernd Neumann, der die Abzocke durch die privaten Monopolisten ermöglicht hat, ruft jetzt, haltet den Dieb! Das habe ich nicht gewollt! Das geht zu weit.

Solche Krokodilstränen und Heucheleien werden wir demnächst immer mehr erleben. Von Politikern aller Couleur, die am Ausverkauf und der Pleite Bremens tatkräftig mitgewirkt haben: Wenn ein Bundeskommissar über die Finanzen Bremens bestimmen wird oder internationalen Gesellschaften, denen die Teile Bremens verhökert wurden, aus denen sie noch einen Gewinn herauspressen können. Überall werden unsere Bremer Politiker sagen: Nein, das hätten sie nicht gewollt, das ginge zu weit. Sie werden sich gar an die Spitze von Demonstrationen zu setzen versuchen. Wir werden es erleben. Bernd Neumann hat es in Bremen und Ministerpräsident Georg Milbrat hat es in Sachsen in Beziehung auf Hartz IV vorge-macht.

Die betroffenen Kunden verhalten sich wie bei einem schlechten Theaterstück: Sie gehen immer weniger hin – das heißt hier: Sie gehen immer weniger zu den Wahlen. Das hilft aber nicht bei lebenswichtigen Gütern. Wasser und Energie kann man nicht abwählen. Und Monopolisten nicht durch Mißachtung strafen. Sie haben ihren Fuß in der Tür bzw. ihre Krallen fest in unserem Portemonnaie. Stimment-

¹ In der lokalen Fernsehsendung „Buten und Binnen“ vom 21.9.04. Laut „Weser Kurier“ vom 22.9.04 haben sich aber auch die Sprecher der anderen Parteien in der Bremischen Bürgerschaft ähnlich geäußert: <CDU-Chef Bernd Neumann etwa findet die Preisanhebung "überzogen und deshalb skandalös", der Grüne Dieter Mützelburg nennt sie "unverschäm" und der SPD-Vorsitzende Carsten Sieling hält sie für "nicht tragbar und vertretbar".>

haltung heißt – wenn auch resignierte – Zustimmung. Dabei ist es so leicht, eigene Alternativen aufzubauen. In der jüngsten Vergangenheit wurden Diktaturen reihenweise gestürzt. Wir haben Bürgerinitiativen gesehen, erlebt wie sich Parteien gebildet haben und lernen können, warum sie wieder verschwanden. Warum sollten wir nicht fähig sein, Strukturen zu erfinden, mit denen wir unsere Lebensinteressen wahren?